Nr. 163 — 9. Jahrgang

Mittwoch den 20. Juli 1910

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Ausgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild" vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Ausgabe B.: Ohne illustrierte Beilage viertelj. 1,80 M. In Dresden d. Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 ₰. — Zeitungspreisl. Nr. 6858.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.
Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1360
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit
Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Erfrischend und labend
Dredo-Eisbeeren
¼ Pfund 15 Pfennige.
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Niederlagen in allen Stadtteilen. 1415

Für die Monate August u. September abonniert man auf die **„Sächsische Volkszeitung"** mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage **„Feierabend"** zum Preise von **1.20 Mk.** (ohne Bestellgeld), durch den Boten ins Haus **1.40 Mk.** Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage **„Die Zeit in Wort und Bild"** erhöht sich um 10 Pfennige.

Diktieren die Nationalliberalen die Friedensbedingungen?

Dresden, den 19. Juli 1910.

Herr Bassermann war kürzlich in Berlin. Als Resultat aus den Aussprachen mit verantwortlichen und unverantwortlichen Leitern der Politik darf man folgende Auslassung der „Nationalliberalen Korresp." betrachten:

„Wir haben oft in den hinter uns liegenden Monaten die Frage immer banger und immer zweifelnder sich erheben hören: Haben wir in der gegenwärtigen politischen Lage, die sich nicht nur zu einer momentanen, in absehbarer Zeit zu überwindenden, innerpolitischen Krisis gestaltet hat, sondern die uns in Zustände hineintreibt, bei denen vielleicht die Grundlagen unseres Staatswesens und die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes auf dem Spiele stehen — wir fragen: haben wir in dieser Lage den Staatsmann, der mit großen Mitteln, und nur solche kommen noch in Frage, den Bürgerfrieden im Lande wieder herstellen kann? Wir haben volle Sympathie mit dem aufrichtigen Bestreben des Herrn Reichskanzlers, den jetzigen Parteihader zu überwinden. Wir haben auch volles Verständnis dafür, daß seine so ungemein schwierige Lage durch den Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe sich noch weiter verschlechtert hat. Diese Verschlimmerung einer an sich schon fast aussichtslosen Situation würde einen kleinmütigen, seinem eigenen Können mißtrauenden Staatsmann zur Resignation bringen. Wir wollen hoffen, und unser ehrlicher Wunsch spricht aus dieser Hoffnung, daß der leitende Staatsmann eine solche Resignation nicht in sich aufkommen läßt. Der Reichskanzler muß sich dann aber gleichzeitig auch darüber klar sein, daß eine Politik wohlwollender passiver Neutralität unser Staatsleben nicht mehr zur Gesundung führen kann. Das Volk, in allen seinen Schichten von Unzufriedenheit und Mißmut erfüllt, will endlich und muß endlich wissen, wohin die Fahrt geht. In Zeitläuften, wie den unserigen, bedarf es mehr denn je eines energischen Willens, der durch Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte der großen Gefahr einer erschreckend anwachsenden Sozialdemokratie einen wirksamen Damm entgegenzusetzen imstande wäre. Wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis dieser Gefahr und die Ueberzeugung von der schweren historischen Schuld, die die bei der Erledigung der jetzigen Reichsfinanzreform beteiligten Faktoren auf sich genommen haben, in allen Kreisen und auch bei den Personen wachse, die an verantwortlicher Stelle die Geschicke des Vaterlandes zu leiten berufen sind. Einer energischen und zielbewußten Regierung, die von ihrer Autorität den rechten Gebrauch macht, die diese Autorität einsetzt, nicht zur Konservierung unhaltbar gewordenen Zustände, sondern zugunsten einer gesunden Fortentwickelung des Staatsgedankens, einer solchen Regierung wird unser Volk gern Vertrauen entgegenbringen, und die ihrer Verantwortlichkeit bewußten Parteien werden sich der Mitarbeit an einer solchen Gesundung unseres politischen Lebens nicht entziehen können."

Die „Nordd. Allgem. Ztg." hat sofort dieser Friedenstaube das Fenster geöffnet und sie mit folgenden Worten begrüßt:

„Wir geben diese Ausführungen wieder, nicht weil wir der pessimistischen Note der ersten Sätze zustimmten, sondern weil auch wir von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller positiv schaffenden Kräfte um so fester überzeugt sind, je mehr die Unzufriedenheit und der Mißmut der letzten Zeiten die Gefahr des Anwachsens der Sozialdemokratie vor Augen führen."

Ist nun tatsächlich Bürgerkrieg im Lande, daß man nach dem Frieden schreit? Wir haben hiervon nicht viel bemerkt, als die eine Tatsache, daß es den Nationalliberalen bei allen Nachwahlen erbärmlich schlecht geht und daß sie ein Mandat nach dem anderen verlieren. Aber diese Partei ist doch nicht so wertvoll, um ihretwegen die ganze bürgerliche Miliz aufzubieten. Sie soll sich nur ruhig und anständig in die bürgerliche Front einstellen, dann wird sie viel weniger Hiebe erhalten und der Nachbar ihr auch eher helfen. Wer aber solche Seitensprünge macht, wie die nationalliberale Politik sie seit 18 Monaten unternimmt, der muß sich die Rechnung gefallen lassen, die ihm der überlegene politische Gegner aufmacht. Es ist daher eine Verschiebung des Streitgegenstandes, wenn man auf liberaler Seite das Bedürfnis nach einem Bürgerfrieden empfindet. Keine einzige bürgerliche Partei, vor allem nicht die Reichstagsmehrheit, hat den Liberalen Urfehde angesagt; diese gingen vielmehr nach Art trotziger Kinder in die Opposition; sie kündigten den schärfsten Kampf den Konservativen an, sie unterstützten selbst Sozialdemokraten. All dies ist ihnen sehr schlecht bekommen; nun stehen sie mit zerbläuten Rücken da, weinen und jammern um den „Bürgerfrieden", den gerade sie gebrochen haben.

Nun soll man die Umkehr auch dem politischen Sünder nicht erschweren. Aber ein „Mastkalb" braucht man auch nicht zu schlachten, wenn die Nationalliberalen an die Türe pochen und Besserung geloben. Dann haben nicht die Nationalliberalen die Bedingungen zu stellen; heute sind sie weder „Kern" noch „Krone", sondern sie werden unter angemessenen Bedingungen zugelassen.

Die „Kreuzzeitung" bezeichnet mit Recht als Voraussetzung der Verwirklichung dieses Gedankens den absoluten Ausschluß der Linksliberalen in ihrem gegenwärtigen Zustande. Die nationalliberale Partei müsse einen unzweideutigen und endgültigen Bruch mit der fortschrittlichen Volkspartei vollziehen. Auch solle nicht mehr „an die schwere historische Schuld, die die bei der Erledigung der Reichsfinanzreform beteiligten Faktoren auf sich genommen hätten", erinnert werden. Mit derartigen Rekriminationen müsse Schluß gemacht werden, zumal das Verhalten des Linksliberalismus längst gezeigt habe, daß es völlig ausgeschlossen gewesen wäre, unter seiner Mitwirkung die Reichsfinanzreform in irgendwelcher für die übrigen bürgerlichen Parteien annehmbaren Gestalt unter Dach zu bringen. Ueber solche Friedensbedingungen, welche nur der Selbstachtung der Mehrheitsparteien Genüge tun und nicht mehr fordern, läßt sich reden. Die Nationalliberalen müßten einen recht dicken Strich unter ihre jüngste Vergangenheit machen. Sind sie hierzu nicht gewillt, oder nicht fähig, so mögen sie mit der heutigen Selbstmordpolitik fortfahren; andere Parteien können es aushalten, bis bei den Liberalen die Vernunft einkehrt.

Aber vorerst ist die Hoffnung noch nicht sehr groß. Die „Nationalliberale Korresp." spricht nämlich die Erwartung aus, daß die Erkenntnis der sozialdemokratischen Gefahr und die Ueberzeugung von der „schweren historischen Schuld, die die bei Erledigung der jetzigen Reichsfinanzreform beteiligten Faktoren auf sich genommen hatten", in allen Kreisen und auch bei den Personen wachse, die an verantwortlicher Stelle die Geschicke des Landes zu leiten berufen seien. Daß verschiedene politische Faktoren bei Erledigung der Reichsfinanzreform eine schwere Schuld auf sich geladen haben, trifft allerdings zu. In erster Linie gilt das, wie die „Deutsche Tagesztg." hervorhebt, von der Opposition gegen die Reform, die sich aus kleinlichen Gründen des Parteivorteils diesem großen nationalen Werke versagte und dann mit einer unwahrhaftigen Hetze gegen die neuen Steuern im Lande begann. Wenn die Nationalliberalen diese große historische Schuld jetzt eingestehen wollen, so wäre das allerdings das beste Mittel, alle positiven Kräfte in unserem Volke wieder um die nationale Fahne zu sammeln. Dann brauchten die Nationalliberalen aber auch den Kanzler nur in zweiter Linie zu bemühen.

Allerdings hat auch die gegenwärtige Regierung dadurch eine Schuld auf sich geladen, daß sie nicht in ganz anderer Weise für die Reichsfinanzreform eingetreten ist, als sie es getan hat. Trotz aller Bedenken gegen einzelne Steuern und gegen gewisse politische Nebenwirkungen der Reform hätte sie wenigstens die Pflicht erkennen und betätigen müssen, den unwahren Darstellungen der Opposition von der Entstehung, Bedeutung und Wirkung der neuen Steuern entgegenzutreten. Unter keinen Umständen dürfen es die Nationalliberalen sein, welche die Friedensbedingungen diktieren; das wäre die schlimmste Niederlage der Regierung, die man sich denken könnte. Der heutige Reichskanzler hat die heutige Reichsfinanzreform unterzeichnet und er wußte dies, ehe er sein Amt annahm; er trägt daher für die Gestaltung der Reichsfinanzen dieselbe Verantwortung wie der Reichstag; er hätte ja die Reichskanzlerschaft ablehnen können, wenn ihm die Reichsfinanzreform nicht behagt hätte. Von ihm nun zu fordern, daß er den schmollenden Nationalliberalen Recht zu geben habe, ist eine Zumutung, die an politische Selbstentmannung erinnert. Welche Zumutung aber hierdurch erst an die Mehrheitsparteien gestellt werden, brauchen wir nicht näher darzulegen. Die Nationalliberalen müssen sich darüber klar sein, daß sie keinerlei Bedingungen für einen politischen Waffenstillstand zu stellen haben, sondern daß sie nur als besiegte Verbündete angesehen werden können.

Politische Rundschau.

Dresden, den 19. Juli 1910.

— **Beschleunigung der Reichstagsersatzwahlen.** Einer bei der Etatsberatung im Reichstage gefaßten Resolution folgend, hat der preußische Minister des Innern, wie die „Köln. Volksztg." mitteilt, angeordnet, daß die während der Legislaturperiode erforderlich werdenden Neuwahlen innerhalb eines Zeitraumes von 70 Tagen nach Erledigung

Sozialdemokratische Schamhaftigkeit.

Eine neue Spezies sozialdemokratischer Lebensweisheit: Aengstlichkeit gegenüber sittlichen Gefahren für die Jugend. Verschiedene sozialdemokratische Blätter weisen „wiederholt auf die schweren sittlichen Gefahren" hin, die der Jugend drohen. Wir freuen uns ehrlich, daß sich die Herren von der Sozialdemokratie so besorgt um die sittliche Gesundheit unserer Jugend zeigen, und hoffen, sie endlich als Mitarbeiter auf einem Gebiete begrüßen zu können, das wohl wert ist, auch von der Sozialdemokratie energischer als bisher in Angriff genommen zu werden. Da aber die sozialdemokratischen Herren die sittlichen Gefahren im Beichtspiegel des katholischen Katechismus wittern, liegt uns zunächst die angenehme Pflicht ob, über diese „sittlichen Gefahren" ihre aufgeregten Nerven zu beruhigen. Es ist ja wohl nicht anzunehmen, daß es ihnen bei einer so tiefernsten Frage bloß um antiklerikale Hetze zu tun ist. Da die Herren zum größten Teile wohl niemals beichten gingen, kann man von ihnen auch nicht verlangen, daß sie über die Bedeutung der Beichte und des Beichtspiegels genauer Bescheid wissen. Vielleicht haben sie sich nur aus der berühmten Graßmann-Broschüre darüber orientiert und werden nach empfangener Aufklärung so ehrlich sein, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Rösch, der im März dieses Jahres in der badischen Zweiten Kammer erklärte: „Nachdem auch meine Parteifreunde mir gesagt haben, daß es mit dieser Broschüre nicht weit her sei, bedaure ich, daß ich sie zur Grundlage meiner Kritik der sexuellen Aufklärung im Beichtstuhle gebraucht habe." —

Also: Die Beichte ist das reumütige geheime Bekenntnis der begangenen Sünden vor dem Priester, mit dem sich der Entschluß verbindet, nicht mehr zu sündigen.

Nun kann es leider Gottes vorkommen, daß Kinder schon — sei es durch gemeine Niederträchtigkeit von Erwachsenen, sei es durch den Leichtsinn von Altersgenossen, sei es endlich durch vorzeitiges Erwachen von sexuellen Trieben — Bekanntschaft mit dem dunklen Laster machen, das hinterher ihr ganzes Leben verwüsten könnte, besonders wenn es zur Gewohnheit würde.

Nun, dann kommt es vor allem darauf an, daß das Unglück eines solchen Kindes rechtzeitig erkannt wird, damit es gewarnt werde und ihm der Gefahr gegenüber Verhaltungsmaßregeln gegeben werden. Wenn sich das Kind in der Stille des Beichtstuhles, unter dem Schutze des sakramentalen Siegels, das den Priester zu strengstem Stillschweigen über das Gehörte verpflichtet, vor Gott über seinen Fehltritt oder seine Gefährdung ausspricht, so wird zunächst das geängstigte kindliche Gewissen beruhigt und das Kind gewinnt die Kraft, in Zukunft die Gelegenheit zu meiden und die Herrschaft über das ungeordnete Triebleben wiederzugewinnen. Es geht aus der Beichte mit dem freudigen Bewußtsein der wiedererlangten sittlichen Freiheit und mit dem Entschlusse des sittlichen Kampfes hervor.

Was nun den Beichtspiegel angeht, so dürfte den Herren der Name vielleicht Aufklärung geben und sie in Zukunft vor der tollen Anschauung bewahren, daß „der Beichtspiegel von Knaben und Mädchen befolgt werden muß".

Der Beichtspiegel ist für die Kinder bloß ein Hilfsmittel der Gewissenserforschung, das heißt des Nachdenkens über die begangenen Sünden. Es ist ein Spiegel, in dem die Kinder ihren Seelenzustand betrachten können, weil ihre kindliche Flüchtigkeit eines solchen Erinnerungsmittels bedarf. Früher war er in Frageform gedruckt; aber die Erfahrung lehrte, daß dann geistig schwächere Kinder die Fragen auswendig lernten und herunterfagten. Darum hat man neuerdings die sogenannte aussagende Form gewählt, damit die Kinder zugleich Anleitung haben, in welcher Form sie sich über ihre Fehler aussprechen können.

Hoffentlich wird den Herren von der sozialdemokratischen Presse diese Erklärung der Sache nicht allzu schwer begreiflich sein, und werden sie daraus den einzig vernünftigen Schluß ziehen, daß der Beichtspiegel keine sittliche Gefährdung der Kinder bedeutet, sondern ein Mittel zur Beseitigung von sittlicher Gefährdung. Wenn wir uns recht entsinnen, hat die sozialdemokratische Presse früher schon hin und wieder recht kräftig in das Horn der „sexuellen Aufklärung der Jugend" getutet. Aber es freut uns aufrichtig, daß sie so schamhaft geworden ist.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19100720/1